

«Spurwechsel» reicht Initiative ein

Breites Komitee will Wankdorf-Ausbau ausbremsen

Die städtische Initiative gegen den Autobahnausbau kommt wohl zustande. Nun steht der Berner Gemeinderat unter Druck.



Carlo Senn
Publiziert: 30.01.2024, 11:58

48



Symbolische Einreichung der Unterschriften: Der Verein «Spurwechsel» will das «Verkehrsmo- nster» beim Berner Wankdorf bekämpfen.

Foto: Nicole Philipp

Der Verein «Spurwechsel» erhöht den Druck auf die Berner Stadtregierung: Am Dienstag hat er über 6000 Unterschriften gegen die Umgestaltung des Berner Wankdorf-Verkehrsknotens eingereicht. Sind von den über 6000 eingereichten Unterschriften 5000 gültig, kommt es wohl zur städtischen Abstimmung. Laut Initiativkomitee sind bereits rund 5400 bestätigt.

Beim Komitee dabei sind die SP, die grünen Parteien im Stadtrat inklusive GLP und zahlreiche linke Verbände.

Die Initiative fordert, dass der Gemeinderat sich dafür einsetzt, dass auf «alle Nationalstrassenprojekte in der Region Bern–Mittelland verzichtet wird, die Mehrverkehr ermöglichen» – insbesondere auf das Projekt «Umgestaltung Anschluss Wankdorf». Mit der Initiative stellen sich die Parteien auch gegen ihre Gemeinderatsmitglieder. Bisher befürwortete die links-grüne Regierung den Um- und Ausbau beim Wankdorf für 250 Millionen Franken.

Das Mega-Projekt soll insbesondere den Langsam- vom Autoverkehr entflechten. Dies mit einer Velo- und Fussgängerüberführung. Zudem sollen mit dem Ausbau die Quartiere vom Verkehr entlastet werden, unter anderem mit einer Eventstrasse. Diese soll Staus bei Konzerten und Sportveranstaltungen verringern.



So soll der Anschluss dereinst aussehen. Die geschwungene Brücke über die A6 soll auch Verbesserungen für den Fuss- und Veloverkehr bieten.

Visualisierung: Astra

Da es sich um ein nationales Projekt handelt, ist die direkte Auswirkung einer lokalen Abstimmung ungewiss. Der Lead liegt beim Bundesamt für Strassen (Astra) und nicht beim Berner Gemeinderat. Rechtlich wäre die Abstimmung somit nicht bindend. Klar ist aber, es wäre ein starkes politisches Signal gegen das Projekt – und ein unangenehmes für den Berner Gemeinderat. Er geriete durch die eigenen Parteien in Zugzwang sowie gegenüber dem Astra in die Zwickmühle, wenn er plötzlich die Ausbauprojekte ablehnen müsste.

Das Astra äussert sich nicht konkret zu der Initiative, weist jedoch darauf hin, dass die Stadt «von Beginn an involviert» gewesen sei.

Der Bundesrat hat das Generelle Projekt im Juli 2020 genehmigt. Parallel läuft das Plangenehmigungsverfahren, wo Einsprachen bis vor das Bundesgericht möglich sind. Trotzdem rechnet das Astra auf der Projektwebsite damit, bis 2026 mit dem Bau zu beginnen – dies hänge jedoch «vom weiteren Verlauf des Genehmigungsverfahrens ab».

«Ausbau der Autobahn mitten in der Klimakrise ist Unsinn»

Am Dienstag haben die Initianten nun die Unterschriften symbolisch eingereicht. Der Medienauftritt vor der Berner Stadtkanzlei war von Spurwechsel-Präsident Markus Heinzer (GB) orchestriert.

Unter anderem waren auch die Berner Nationalrätinnen Aline Trede (Grüne) und Kathrin Bertschy (GLP) vor Ort, um dem Anliegen Gewicht zu verleihen. Die Gemeinderatskandidatin Ursina Anderegg (GB) sagte, dass «mitten in der Klimakrise» ein Ausbau der Autobahn «Unsinn» sei.



Auch Kathrin Bertschy unterstützt den Verein «Spurwechsel» und hält bei der Einreichung der Initiative im Berner Erlacherhof eine kurze Rede.

Foto: Nicole Philipp

Der Kampf gegen den Autobahnausbau findet derzeit auch auf nationaler Ebene statt. So haben linke Verbände das Referendum gegen den Autobahnausbau auf der A1 eingereicht, hier kommt es voraussichtlich zu einer rechtlich bindenden Abstimmung. Zudem könnte die Idee für einen Halbanschluss am Grauholz in Bern wiederbelebt werden.

Für Gemeinderätin und Verkehrsdirektorin Marieke Kruit (SP) überwiegen die Vorteile weiterhin. So biete das Projekt verbesserte Sicherheit für Velo- und Fussverkehr sowie die Möglichkeit zur Verkehrsdosierung. «So kann verhindert werden, dass es bei Stau auf der Autobahn zu Ausweichverkehr in die Quartiere kommt.»

Zu der aktuellen Initiative äussere sich der Gemeinderat jedoch erst innert der vorgegebenen Frist.

So geht es mit der «Verkehrsmo- nster-Initiative» weiter

Nun muss die Initiative noch ein paar formale Hürden nehmen. Die Initiative kommt zustande, wenn 5000 Unterschriften gültig sind. Falls die Initiative selbst rechtens ist, arbeitet voraussichtlich die Verkehrsdirektion eine Vorlage aus.

Es handelt sich um eine Initiative im Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats, wie die Stadtkanzlei auf Anfrage mitteilt. Stimmt der Gemeinderat der Vorlage zu, so ist kein weiterer Beschluss des Stadtrats oder der Stimmberechtigten erforderlich. Lehnt er sie ab, kommt sie vor das Volk.